

Wichtiger Schritt zu einer vernünftigen Lösung

In dem gestrigen Gespräch am 18. Februar zwischen Wissenschaftsministerium und Universitätsleitung bewegten sich die Vertreter der Universität erstmals auf eine Position zu, die eine weitere Debatte sinnvoll macht.

Zum ersten Mal akzeptiert die Universität eine Lösung, die Kirche und Aula als gemeinsame Funktion eines Gebäudes vorsieht ? so, wie es bis zur Sprengung der Universitätskirche St. Pauli 1968 auch der Fall war.

Die Kombination von öffentlichen Geldern und Spenden wird die Errichtung eines Gebäudes, das die Funktionen von Aula, Ausbildungsstätte der Theologischen Fakultät, Aufführungsstätte des Universitätschores und Kirche vereint, deutlich beschleunigen.

Als ausdrücklich positiv würdigt der Paulinerverein auch, dass die Fläche der ehemaligen Universitätskirche aus dem vorliegenden ungenügenden Entwurf der Architekten Behet und Bonzio ausgegliedert wird. Für diesen Teil des Universitätscampus wird eine gründliche und auch dringend nötige architektonische Überarbeitung stattfinden.

Wichtig ist jetzt, dass der Neubau der Universitätskirche nicht zu einem drittklassigen Kompromiss verkommt. Er muss ein sakrales Gebäude sein ? alles andere wäre Etikettenschwindel -, und er muss sich in der Gestaltung deutlich an der ehemaligen Universitätskirche St. Pauli orientieren. Der Paulinerverein favorisiert die Rekonstruktion der Fassaden- und Hallenmaße, wie sie zum Zeitpunkt vor der sinnlosen Zerstörung der Kirche am 30. Mai 1968 existierten. Dafür werden sich der Paulinerverein und seine Freunde stark machen.

Der Paulinerverein hat nie eine einhundertprozentige originalgetreue Rekonstruktion angestrebt, wie immer wieder unterstellt wird. Die ist beispielsweise schon deshalb unmöglich, weil mit der Sprengung 1968 auch die neugotische Ausmalung der Halle unrettbar verloren gegangen ist. Das gestrige Gespräch in Dresden ist deshalb auch keine "Niederlage" für den Paulinerverein, sondern eine Basis für weitere Gespräche.

Wenn die PDS übrigens auch heute wieder die Leipziger Bürgerinitiative Paulinerverein als "Privatverein" beschimpft, der sich "anmaßt, in Universitätsbelange hineinregieren zu wollen", so zeigt dies, dass der Begriff der Bürgergesellschaft für diese Partei bis heute ein Fremdwort geblieben ist.

Leipzig braucht engagierte Bürger, die für die Zukunft ihrer Stadt streiten.